

# **Gemeinsam gegen Hatespeech!**

## **Für mehr Wertschätzung, Nächstenliebe und Solidarität im Netz**

### **I. Hatespeech geht uns alle an!**

Hass und Hetze im Internet bekamen in den letzten Jahren immer größere Dimensionen. Wir wollen diesem Problem nicht aus dem Weg gehen, sondern nach unserem christlichen Menschenbild handeln. Wir wollen aktiv eingreifen bei Hatespeech, als Oberbegriff für ein Spektrum von Cyber-Mobbing bis zu sexueller Belästigung, Beleidigungen und Bedrohungen gegen einzelne und mehrere Menschen.

Gegen alle mit Hatespeech verbundenen Formen von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und gegen den Rechtsextremismus setzen wir mehr Wertschätzung, mehr Nächstenliebe und mehr Solidarität im Netz.

Rechtsextremismus sehen wir aktuell als sehr oft dahinter stehende, sehr gefährliche Bedrohung unserer Demokratie und als Sammelbegriff zur Beschreibung neonazistischer oder ultranationalistischer politischer Ideologien und Aktivitäten. Ideologischer Kern des Rechtsextremismus ist die Vorstellung von der Ungleichheit, der Ungleichwertigkeit von Menschen verbunden mit einem antipluralistischen, antidemokratischen und autoritären Gesellschaftsverständnis.<sup>1</sup>

Die Grenzen der Meinungsfreiheit werden seit der Corona-Pandemie und der damit verbundenen Verschwörungserzählungen immer massiver überschritten

So kommt es dazu, dass aktive Politiker\*innen teilweise bereits weitere politische Kandidaturen und Statements in Social Media vermeiden. Alle Kirchen und Religionsgemeinschaften werden angegriffen. Doch in den sozialen Medien sollen nicht

---

<sup>1</sup> Ja zu gelebter Menschfreundlichkeit Gottes. Nein zum Rechtsextremismus. Haltungen, Erfahrungen und Perspektiven der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern, München 2016, S. 10 <https://kljb.click/elkbrechtsextremismus>

26 nur noch oberflächliche Inhalte und private Angelegenheiten publiziert werden, son-  
27 dern auch offene und sachliche Diskussionen über Kirche, Politik und Gesellschaft,  
28 ohne Hass und Hetze erfahren zu müssen.

29 Hatespeech ist nicht zu unterschätzen! Hasskommentare erfüllen laut der aktuellen  
30 Rechtslage keinen eigenen Strafbestand. Eine Morddrohung im Netz muss genauso  
31 ernst genommen, verfolgt und bestraft werden, wie eine Morddrohung im realen  
32 Leben. Durch die rechtsextremen Anschläge in München, Halle, Hanau und Kassel  
33 wurde uns auf erschreckende Weise vor Augen geführt, dass aus Worten schnell  
34 Taten werden können. Tagtäglich gibt es persönliche Angriffe gegen Personen und  
35 Organisationen, die sich für Demokratie und Toleranz engagieren. Frauenfeindliche  
36 „Incels“ belästigen, bedrohen und misshandeln Frauen.<sup>2</sup>

37 Das Problem betrifft viele von uns jungen Menschen: 29 % der 12-19-Jährigen in  
38 Deutschland sagen, dass über sie bereits falsche oder beleidigende Dinge verbreitet  
39 wurden, zumeist persönlicher Hass und Mobbing in Messenger-Gruppen.<sup>3</sup> Statisti-  
40 ken zeigen großen Bedarf der Weiterentwicklung von Politik und Justiz im Bereich  
41 Hatespeech.<sup>4</sup>

42 In den sozialen Netzwerken wiegen sich viele Personen in einem Gefühl der  
43 Sicherheit und Abkapselung und verspüren kein Unrechtsbewusstsein. Dabei gibt es  
44 auch für die Meinungsfreiheit Grenzen, die Politik und Gesellschaft aufzeigen  
45 müssen. Meinungsfreiheit endet dort, wo andere Personen in ihrer Freiheit  
46 eingeschränkt werden. Sie findet "ihre Schranken in den Vorschriften der  
47 allgemeinen Gesetze, den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugend und  
48 in dem Recht der persönlichen Ehre." (Art. 5 Abs. 2 GG).

49 Besonders im Jahr der Bundestagswahl wollen wir uns öffentlich zu Wort melden  
50 und helfen, Hatespeech zu stoppen, von der **Prävention** über die **Interven-**  
51 **tion** bis zur **Rehabilitation**.

52

53 Dabei ist uns wichtig, dass Hatespeech ein Phänomen in allen gesellschaftlichen  
54 Gruppen ist. Äußerungen, die als Hatespeech aufgefasst werden müssen, sind

---

<sup>2</sup> Incel steht für „involuntary celibate“, englisch für „unfreiwilliger Zölibat“ und ist die Selbstbezeichnung einer in den USA entstandenen Internet- Subkultur von heterosexuellen Männern, die nach Eigenaussage unfreiwillig keinen Geschlechtsverkehr haben und der Ideologie einer hegemonialen Männlichkeit anhängen.

<sup>3</sup> JIM-Studie (Jugend. Information. Medien. 2020 [www.mpfs.de/studien/jim-studie/2020/](http://www.mpfs.de/studien/jim-studie/2020/))

<sup>4</sup> 2020 wurden in Bayern 1.648 Verfahren wegen Hatespeech geführt. Bis 31.12.2020 wurden 245 Beschuldigte angeklagt, gegen 102 Personen erging bereits ein Urteil. 462 Verfahren wurden eingestellt, z.B. mangels hinreichenden Tatverdachts oder Täter nicht ermittelbar. 941 Verfahren dauern noch an.  
<https://kljb.click/hatespeechverfahren>

55 jedoch in den meisten Fällen dem rechtsextremen Spektrum zuzuordnen.<sup>5</sup> Deshalb  
56 wird im Weiteren der Fokus auf Hatespeech im rechtsextremen Kontext gelegt,  
57 was nicht bedeutet, dass wir Hatespeech in anderem Kontext weniger ernst neh-  
58 men.

59

## 60 **2.Prävention – Hatespeech schon vorher unterbinden!**

### 61 **2.1. Politische Bildungsarbeit**

62 Als Jugendverband tragen wir mit unserer täglichen Arbeit für Demokratie und  
63 Toleranz unseren Teil dazu bei, Hatespeech im Ansatz zu stoppen. Wir erreichen  
64 auch junge Menschen, die gefährdet sind, auf den falschen Weg von der Demokra-  
65 tie zum Rechtsextremismus zu kommen. Demokratie im Jugendverband zu erle-  
66 ben, auch informelle Bildungsarbeit und Aufklärung über das Thema in Schule und  
67 Jugendarbeit, sind dafür aus unserer Erfahrung der beste Weg.

68 Wir wollen Mut machen und digitale Zivilcourage fördern. Es geht uns dabei um  
69 aktives Handeln, um Sensibilisierung für Hass und Mobbing im Netz für alle Alters-  
70 gruppen.

71 Es ist beschämend, dass Bayern bundesweit beim Ranking von politischer Bildung in  
72 der Schule ganz hinten steht.<sup>6</sup>

73

### 74 **Wir fordern daher:**

- 75 • Aufklärung durch mehr politische Bildung in Schule und Jugendarbeit.
- 76 • Qualifikation zum Thema Hetze im Internet und Rechtsextremismus für  
77 Ehrenamtliche sowie pädagogische Mitarbeiter\*innen in der Jugendarbeit

---

<sup>5</sup> Dass dies bei strafbaren Inhalten der Fall ist, ergibt sich aus dem kürzlich veröffentlichten Bericht des Bundeskriminalamts zur politisch motivierten Kriminalität <https://kljb.click/bkakriminalitaet> Das Phänomen Hatespeech im Sinne dieses Antrags geht jedoch über die statistisch erfassten Fallzahlen hinaus. Auch im weiteren Feld spielen überwiegend dem Rechtsextremismus zuzuordnende Motive eine große Rolle vgl. Studie Schmitt, J. B.: Online-Hate Speech: Definition und Verbreitungsmotivationen aus psychologischer Perspektive. In Kaspar, K. Gräßer, L. & Riffi, A. (Hrsg.), Online Hate Speech: Perspektiven auf eine neue Form des Hasses (S. 52-56). Schriftenreihe zur digitalen Gesellschaft NRW. Marl 2017. <https://kljb.click/hatespeechstudie2017>

<sup>6</sup> Im Gymnasium Klasse 5 bis 10 bietet Bayern auch 2020 nur eine Stunde “Politik und Gesellschaft” in Klasse 10 (0,5% der Gesamtstunden. 3. Ranking Politische Bildung. Politische Bildung an allgemeinbildenden Schulen der Sekundarstufe I im Bundesländervergleich, Universität Bielefeld 2019. Schlusslicht Bayern. Politische Bildung an Schulen im Ländervergleich ungenügend. SZ, 31.1.2018. <https://kljb.click/studiepolitischebildung>

- 78 • Mehr und flächendeckende Angebote der Medienpädagogik. Leitlinie muss  
79 die Empfehlung der Kommission für den 16. Kinder- und Jugendbericht für  
80 eine konsequente Verschränkung von politischer Bildung und kritischer  
81 Medienbildung sein.<sup>7</sup>

82

## 83 **2.2.Politischer Rahmen**

84 Die Politik muss einen klaren Rahmen für die vorhandenen Grenzen der Meinungs-  
85 freiheit setzen, die dann im Zweifel auch von Polizei, Staatsanwaltschaft und Gerich-  
86 ten durchgesetzt werden. Aufrufe zu Gewalt, rechtsextreme Drohungen und alle  
87 Verstöße gegen Menschenrechte, Religionsfreiheit und Persönlichkeitsrechte müs-  
88 sen konsequent verfolgt und bestraft werden!

89 Das Internet ist schon heute kein rechtsfreier Raum. Eine Anpassung im  
90 Strafrecht regelte zuletzt das am 3.4.2021 in Kraft getretene „Gesetz zur  
91 Bekämpfung von Rechtsextremismus und der Hasskriminalität“ auf Bundesebene.  
92 Es braucht hier neben der Gesetzesregelung auch eine klare praktische Möglichkeit,  
93 auch Kriminalität wie Bedrohungen im Netz wirksam zu verfolgen.

94 Es kann nicht sein, dass sich einzelne Konzerne wie Google, Facebook und andere  
95 globale Tech-Riesen bei Hatespeech aus der Verantwortung stehlen, wenn sie in  
96 der EU und Deutschland Dienste anbieten und damit Geld verdienen.

97 Die Initiative „Justiz und Medien – konsequent gegen Hass“ ist dabei ein Weg,  
98 der über Bayern hinaus Alltag der Redaktionen werden muss.<sup>8</sup>

99

## 100 **Wir fordern daher:**

- 101 • einen klaren rechtlichen Rahmen, damit die Verfolgung strafbarer  
102 Handlungen durch die Justiz schnell und effektiv möglich wird.
- 103 • klare Richtlinien für Social-Media-Kanäle und Medien mit der Verpflichtung  
104 für Medienkonzerne, um aktiv und deutlicher gegen Hasskommentare

---

<sup>7</sup> 16. Kinder- und Jugendbericht. Förderung demokratischer Bildung im Kindes- und Jugendalter, November 2020, Drucksache 19/24200, S. 10. <https://kljb.click/kinderjugendbericht2020>

<sup>8</sup> Initiative der Bayerischen Landeszentrale für neue Medien (BLM) und Bayerische Justizministerium, damit Medienunternehmen leichter Anzeige wegen strafbarer Hasskommentare im Netz stellen können: [www.blm.de/konsequent-gegen-hass.cfm](http://www.blm.de/konsequent-gegen-hass.cfm)

105 vorzugehen. Diese müssen sofort handeln, wenn auf ihren Seiten Hatespeech  
106 und rechtsextreme Parolen vorhanden sind.

107 • einfache und schnelle Wege zur Anzeige für Opfer, Netzwerkbetreibende,  
108 Medien und Zeug\*innen

109 • freie Journalist\*innen, die über die rechte Szene berichten, müssen in  
110 Zukunft über Medienhäuser hinaus besser geschützt werden.

111 • die Überprüfung und Aktualisierung des seit 2017 geltenden  
112 “Netzwerkdurchsetzungsgesetz” (NetzDG). Es darf demokratischen Anti-  
113 Hatespeech-Initiativen nicht schaden.<sup>9</sup>

114

### 115 **2.3.Beratung gegen Hatespeech**

116 Unsere Erfahrung ist: Es gibt viele junge Menschen, die sich jeden Tag für Demokra-  
117 tie und Menschenrechte engagieren. Als Jugendverband sehen wir das als unsere  
118 tägliche Aufgabe. Ergänzend braucht es dennoch professionelle Strukturen  
119 zur Aufklärung von Hatespeech und deren Folgen.

120

#### 121 **Wir fordern daher:**

122 • Ausbau vorhandener Strukturen mit Personal- und Sachmitteln für mobile,  
123 zivilgesellschaftliche Beratungsstellen gegen Rechtsextremismus und Ha-  
124 tespeech besonders in ländlichen Regionen und in der Jugendarbeit (**ha-**  
125 **teaid.org**, Landeskoordinierungsstelle beim BJR **www.lks-bayern.de**,  
126 „Bündnisse für Toleranz und Demokratie“ in ganz Bayern).

127 • einen Fonds der Staatsregierung zur Förderung von Mikroprojekten gegen  
128 Hatespeech. Diese Projekte können unbürokratisch beantragt und abge-  
129 rechnet werden auch für örtliche Jugendgruppen um rund 1.000 Euro  
130 Projektkosten.

131 • einen “Aktionsplan Bayern gegen Hetze”, der die auf den ersten Blick un-  
132 übersichtlichen Aktivitäten von Zivilgesellschaft, Medien und Justiz in Bayern

---

<sup>9</sup> Das [Netzwerkdurchsetzungsgesetz](#) (NetzDG) verpflichtet gewinnorientierte soziale Netzwerke dazu, nach ihrem eigenen Urteil "offensichtlich strafbare Inhalte" binnen 24 Stunden nach Eingang einer Beschwerde zu löschen. Bei Nichtbeachtung dieser Vorgabe drohen den Unternehmen Bußgelder von bis zu 50 Millionen Euro. Stellungnahme der “No-Hate-Speech-Bewegung” mit Hinweis auf die Gefahren für Anti-Hatespeech. <https://kljb.click/nohatespeechnetzdg>

133 zusammenfasst und fördert. Dafür braucht es von Beginn an ein externes  
134 Expert\*innengremium als Beirat, unabhängig von der Staatsregierung.<sup>10</sup>

- 135 • Überarbeitung für das „Bayerische Handlungskonzept gegen  
136 Rechtsextremismus“ von 2017 unter Beteiligung von Wissenschaft, Verbän-  
137 den und Jugendarbeit, um es über den noch vorherrschenden Bereich der  
138 Inneren Sicherheit von Polizei und Verfassungsschutz hinaus noch weiter mit  
139 passenden Maßnahmen in der demokratischen Zivilgesellschaft und Maßnah-  
140 men gegen Hatespeech zu ergänzen<sup>11</sup>

141

## 142 **2.4. Politik braucht klare Grenze zu Hass und Gewalt**

143 Wir erwarten von allen demokratischen Parteien, dass sie eine klare Grenze zum  
144 Rechtsextremismus und damit zu Hass, Hetze und Gewalt ziehen.

### 145 **Wir fordern daher:**

- 146 • Es muss klare Grenzen geben zum Rechtsextremismus, der Minderheiten  
147 diskriminiert und die gleiche Würde aller Menschen infrage stellt.
- 148 • Besonders im Wahlkampf braucht es Selbstverpflichtungen aller Parteien,  
149 nicht mit populistischer Sprache und auf Kosten von Minderheiten Wahl-  
150 kampf zu betreiben. Nur damit kann die rechte Hetze isoliert werden, da-  
151 mit sie nicht in der Mitte der Gesellschaft und Politik aufgegriffen wird.

152

## 153 **3. Intervention – Hatespeech sofort stoppen!**

154 Wer Hatespeech im Netz erleben muss, muss sofort Hilfe bekommen und aktiv  
155 werden können. Wir wollen dazu ermuntern, aktiv und effektiv einzugreifen statt  
156 nur zuzusehen – im echten Leben wie im Internet wollen wir Solidarität und Nächs-  
157 tenliebe zeigen! Nur so kann öffentlich gezeigt werden, dass Positionen für Demo-  
158 kratie und Menschenrechte in der klaren Mehrheit sind und Hass keine Chance hat.

159 Auch die strafrechtliche Verfolgung muss schnell und effektiv starten. Sie darf nicht  
160 über Wochen und Monate stillstehen und die Opfer allein lassen.

---

<sup>10</sup> Mögliches Vorbild der “Aktionsplan Hessen gegen Hetze”, 2019 nach dem Mord an Walter Lübcke. <https://kljb.click/hessengegenhetze>

<sup>11</sup> Dieses Konzept enthält immerhin seit 2017 die von uns hier auch entworfenen drei Säulen: Vorbeugen - Unterstützen - Eingreifen und viele Elemente der Beratungs- und Bildungsarbeit. <https://kljb.click/konzeptbayernrex>

161 Es muss genauso leicht sein, Täter\*innen bei der Polizei anzuzeigen, wie jemanden  
162 im Netz zu beleidigen oder zu bedrohen.

163 Die Verantwortung für schnelle Reaktionen liegt wiederum bei den Social-Media-  
164 Konzernen. Es ist auch ihre Verpflichtung, bei Hatespeech schnell und effektiv ein-  
165 zugreifen durch Löschen und bei strafbaren Inhalten Anzeigen.

166 Zudem kommt es auf uns alle an, wie wir auch öffentlich sichtbar für einen demo-  
167 kratischen Diskurs und für mehr Solidarität mit allen Betroffenen von Hasskriminali-  
168 tät und Hetze im Netz eintreten. Wir dürfen nicht zur “schweigenden Mehrheit”  
169 gehören, sondern wollen aktiv schon beim Ansatz eingreifen!

170

### 171 **Wir fordern daher:**

- 172 • Zivilcourage beim Eingreifen durch die „schweigende Mehrheit“. Sich zu  
173 überwinden, öffentlich Position für Demokratie, Menschenwürde und  
174 Nächstenliebe zu zeigen, ist oft nicht leicht, aber hilft sehr viel.
- 175 • Viele Menschen, insbesondere Kinder, Jugendliche und Frauen, erleben se-  
176 xualisierte Beleidigungen und Belästigungen, die im persönlichen Gespräch  
177 so nicht vorstellbar wären. Diese müssen schon im Ansatz gestoppt und  
178 nach vorgeschriebenen Richtlinien der Medienkonzerne ebenso wie alle an-  
179 deren Beleidigungen gelöscht und verfolgt werden.
- 180 • Der Weg zur Online-Anzeige muss ausgebaut und bekannter gemacht wer-  
181 den, damit Polizei und Justiz sofort zur Strafverfolgung kommen. Die Taten  
182 müssen schnell zur Verurteilung kommen. Aktuell ist eine Online-Anzeige in  
183 Bayern nur möglich für Betrug mittels Online-Auktion sowie Dieb-  
184 stahl/Schäden bei Fahrrädern und Kfz.<sup>12</sup>
- 185 • Bei der Online-Anzeige muss auffällig auf das Recht hingewiesen werden,  
186 statt der Privatadresse auch eine Dienst-, Verbands- oder Anwaltsadresse  
187 anzugeben.<sup>13</sup>

---

<sup>12</sup> Eine Möglichkeit, die Anzeige an eine Organisation von ehrenamtlich arbeitenden Jurist\*innen zu übergeben, ist die zentrale Meldestelle für Hatespeech [www.hassmelden.de](http://www.hassmelden.de) eine vorbildliche Kooperation von Zivilgesellschaft, Medien und Justiz in Frankfurt, die bundesweit Anzeigen prüft.

<sup>13</sup> Dieses Recht bei Anzeigenaufnahme für den Schutz der Privatadresse, die sonst bei Akteneinsicht der Seite der Angeklagten bekannt wird, ist geregelt in § 68 StPO.

- 188       • In Aus- und Fortbildung für Polizei und Staatsanwaltschaften muss  
189       Hatespeech verpflichtendes Thema werden.
- 190       • Forschung zum Thema Hatespeech an Hochschulen muss stärker gefördert  
191       werden.<sup>14</sup>

192

## 193 **4.Rehabilitation - bei Hatespeech langfristig unterstützen**

### 194 **4.1.Opfern von Hatespeech langfristig helfen**

195 Für Betroffene von Hatespeech braucht es wie für andere Opfer von Straftaten so-  
196 fortige Hilfe und langfristige Begleitung. Beratungen und Selbsthilfegruppen können  
197 der beste Weg sein gegen psychische Belastungen mit starken und langandauernden  
198 Folgen.

199

### 200 **Wir fordern daher:**

- 201       • gute, flächendeckende und dauerhaft finanzierte Struktur für die nötigen  
202       Beratungs- und Informationsangebote, damit Opfer von Hatespeech nicht  
203       allein bleiben.
- 204       • Mehr öffentliche Förderung für einen Online-Helpdesk, wie ihn die No-Ha-  
205       tespeech-Bewegung zum Umgang mit Hass im Netz bereitstellt, als eine Art  
206       “Erste-Hilfe-Koffer” gegen Hate Speech im Netz.<sup>15</sup>
- 207       • Gesetzliche Regelungen zum Täter\*innen-Opfer-Ausgleich und zur  
208       strafrechtlichen Verfolgung.

209

### 210 **4.2. Täter\*innen von Hatespeech zurückholen**

211 Der im Jugendstrafrecht vorherrschende Erziehungsgedanke lässt sich auf viele  
212 Täter\*innen von Hatespeech übertragen. Die Wenigsten von ihnen sind langfristig  
213 ideologisch und organisatorisch im Rechtsextremismus fest verankert und damit  
214 kaum erreichbar für pädagogische Maßnahmen.

---

<sup>14</sup> Bei Fortbildungen und Forschung ist noch viel Bedarf in Bayern, wie die im März 2021 vorgestellte Studie von campact und IDZ Jena zeigte: Janine Patz u.a.: Kein Netz für Hass. Staatliche Maßnahmen gegen Hate Speech im Internet. Die Bundesländer im Vergleich, Berlin 2021, S. 96. <https://kljb.click/campacthatespeech>

<sup>15</sup> <https://helpdesk.neuemedienmacher.de>



215

216 **Wir fordern daher:**

- 217
- gute und dauerhaft finanzierte Struktur für die nötigen Beratungs- und
- 218 Bildungsangebote, damit Täter\*innen von Hatespeech nicht wieder allein im
- 219 Netz und in ihren Communities unter sich bleiben.
- Ausstiegsprogramme, mit denen intensiv im Bereich Hatespeech aktive
- 220 Täter\*innen zurück in die demokratische und vielfältige Gesellschaft
- 221 kommen können.<sup>16</sup>
- 222

223

224 **5.Auf uns kommt es an: Wir leben Vielfalt jeden Tag**

225 In der KLJB wissen wir: „Auf Dich kommt es an!“ Wir als junge Menschen können

226 auch unsere Online-Kommunikation positiv gestalten mit dem Angebot von mehr

227 Wertschätzung, mehr Demokratie, mehr Nächstenliebe und mehr Solidarität. Wir

228 als kirchlicher Jugendverband, die Kirchen und Religionsgemeinschaften insgesamt,

229 haben dazu einen besonderen Auftrag.

230 Unser christlicher Glaube ist Grundlage unserer Leitlinien als KLJB Bayern und ver-

231 pflichtet uns zu politischem Handeln für Demokratie und Toleranz: „Wir suchen

232 den offenen, vorurteilsfreien Dialog und die Begegnung mit anderen Kulturen und

233 Religionen. Das Zusammenleben aller Menschen soll von Achtung, Akzeptanz und

234 Toleranz geprägt sein“.<sup>17</sup>

235 Wir verpflichten uns daher selbst, aktiv für Demokratie, Solidarität und Toleranz

236 einzutreten. Wir treten Hass und Hetze im Netz mit unseren Werten und prakti-

237 scher Arbeit entgegen, denn unser Leben und unser Land lebt von der Vielfalt.

---

<sup>16</sup> Hier arbeiten der Verein Exit. [www.exit-deutschland.de/](http://www.exit-deutschland.de/) und vpn – Violence Prevention Network <https://violence-prevention-network.de/>

<sup>17</sup> Leitlinien der KLJB Bayern, Einstimmig beschlossen von der 61. Landesversammlung der KLJB Bayern, 3. bis 6. Juni 2010 Haus Werdenfels in Nittendorf